



**Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 25.03.2008**

## **Personalabbau bei der Polizei und die Folgen.**

***GdP: Stuttgarter Lokalpolitiker haben die Beschlüsse der Landesregierung „verschlafen“!***

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat seit geraumer Zeit immer wieder darauf hingewiesen, dass bei der Polizei in Baden-Württemberg durch Beschlüsse des Landtags Stellen abgebaut werden. Seit langer Zeit wurden die Zahlen des Abbaus für das Polizeipräsidium Stuttgart in den Medien öffentlich genannt. Eine nennenswerte Reaktion der Lokal-Politik oder gar Unterstützung von dieser Seite waren aber nicht mal dann festzustellen, als die GdP in der Kooperation baden-württembergischer Polizeigewerkschaften in einer öffentlichen Aktion am 25.10.2007 in Stuttgart den Stellenabbau thematisiert hat. Die Landesregierung hat zudem öffentlich immer den Eindruck vermitteln wollen, dass der Stellenabbau aufgrund der verlängerten Arbeitszeit keine Probleme verursachen würde. Organisatorische Konsequenzen wurden in Abrede gestellt.

Erst nachdem in Stuttgart Pläne in die Medien gelangten, wonach aufgrund des Stellenabbaus Polizeireviere geschlossen bzw. zusammengelegt werden sollen, erwachten die Lokalpolitiker. „Jetzt ist aber das Kind bereits in den Brunnen gefallen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider, dazu heute in Stuttgart.

Schneider: „Da der Stellenabbau durch die erheblich reduzierten Einstellungen in den vergangenen drei Jahren faktisch bereits vollzogen wurde, lässt sich die verfahren Situation jetzt kurzfristig nicht ändern. Ausgebildete Polizistinnen und Polizisten findet man halt nicht auf dem Arbeitsmarkt. Wie Herr Schuster mit der von ihm vorgeschlagenen ‚zeitlichen Streckung‘ des Stellenabbaus das akute Problem der Stuttgarter Polizei lösen will, ist nicht zu erkennen. Das ist sicher gut gemeint, geht aber am Problem vorbei.“

Nach der Auffassung der GdP muss der Stellenabbau bei der Polizei sofort rückgängig gemacht werden – auch der Stellenabbau beim sog. „Nichtvollzugsdienst“ der Polizei. Dann könnten zumindest kurzfristig neue Angestellte in die Polizei eingestellt werden, um den Vollzugsdienst zu entlasten. Dies wäre die einzige Möglichkeit die Personalsituation der Polizei in Baden-Württemberg in den nächsten drei Jahren zu entschärfen.

„Und leider müssen wir auch immer wieder darauf hinweisen, dass von den 800 Neueinstellungen im laufenden Kalenderjahr durch die Entscheidung für einen Einstellungskorridor 400 erst im Herbst dieses Jahres eingestellt werden sollen. Dabei ist offen, ob sich überhaupt 800 geeignete Bewerberinnen und Bewerber finden lassen. Das Thema wird also auch im baden-württembergischen Kommunalwahlkampf

im kommenden Jahr eine Rolle spielen“, so der GdP-Landesvorsitzende abschließend.

**Herausgeber:**  
**Gewerkschaft der Polizei**  
**Landesbezirk Baden-Württemberg**  
**Maybachstr. 2**  
**71735 Eberdingen-Hochdorf**

**Rufnummer für Rückfragen:**  
**Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911**